

Daniel Lambach · Markus Bayer ·
Felix S. Bethke · Matteo Dressler ·
Véronique Dudouet

Gewaltfreier Widerstand und demokratische Konsolidierung



Springer VS

Gewaltfreier Widerstand und demokratische Konsolidierung

Daniel Lambach • Markus Bayer •
Felix S. Bethke • Matteo Dressler •
Véronique Dudouet

Gewaltfreier Widerstand und demokratische Konsolidierung



Springer VS

Daniel Lambach
Goethe-Universität Frankfurt
Frankfurt, Deutschland

Felix S. Bethke
Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung
Frankfurt, Deutschland

Véronique Dudouet
Berghof Foundation
Berlin, Deutschland

Markus Bayer
Bonn International Centre for
Conflict Studies
Bonn, Deutschland

Matteo Dressler
Foundation for European
Progressive Studies
Brüssel, Belgium

Dieses Buch ist eine Übersetzung der englischen Originalausgabe “Nonviolent Resistance and Democratic Consolidation” von Lambach, Daniel, erschienen bei Springer Nature Switzerland AG im Jahr 2020. Die Übersetzung wurde mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (maschinelle Übersetzung durch den Dienst DeepL.com) durchgeführt. Eine nachträgliche menschliche Überarbeitung wurde vor allem inhaltlich vorgenommen, so dass sich das Buch stilistisch anders lesen wird als eine herkömmliche Übersetzung. Springer Nature arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung von Werkzeugen für die Produktion von Büchern und an den damit verbundenen Technologien zur Unterstützung der Autoren.

ISBN 978-3-031-26101-5 ISBN 978-3-031-26102-2 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-031-26102-2>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Nature Switzerland AG 2023, korrigierte Publikation 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Nature Switzerland AG und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Gewerbestrasse 11, 6330 Cham, Switzerland

VORWORT

Dieses Projekt ist, wie so viele andere, das Ergebnis einer zufälligen Beobachtung. Als Markus Bayer seine Doktorarbeit über gewaltfreie Bewegungen schrieb, fiel ihm auf, dass ein Großteil der Literatur, die er las, darin übereinstimmte, dass Gewaltlosigkeit nicht nur eine nützliche Strategie zur Erreichung der Ziele einer Bewegung ist, sondern auch die Grundlage für einen langfristigen gesellschaftlichen Frieden schafft. Die empirische Forschung konzentrierte sich jedoch stark auf kurzfristige Ergebnisse und vernachlässigte meist die langfristigen Auswirkungen. Und so entstand die Idee zu diesem Forschungsprojekt.

Wir sind einer Vielzahl von Personen und Institutionen zu Dank verpflichtet, die die Forschung zu dieser Monographie ermöglicht haben. Die Universität Duisburg-Essen (UDE), an der Daniel Lambach und Markus Bayer zu dieser Zeit tätig waren, stellte 2013 im Rahmen ihres Forschungsschwerpunkts „Transformation von Gegenwartsgesellschaften“ eine Anschubfinanzierung bereit, die es uns ermöglichte, Felix Bethke mit der Durchführung der ersten Pilotstudie zu beauftragen. Die Ergebnisse dieses Tests waren sehr ermutigend und ermöglichten die Einreichung eines vollwertigen Förderantrags bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der unter der Fördernummer LA 1847/9-1 finanziert wurde.

Das Projekt, an dem vor allem Markus Bayer, Felix Bethke und Daniel Lambach beteiligt waren, wurde von April 2015 bis März 2019 an der UDE durchgeführt. Kurzzeitig arbeitete auch Mathieu Rousselin als Elternzeitvertretung im Projekt mit und führte eine Fallstudie zu Mali als Beispiel für eine gescheiterte demokratische Konsolidierung nach gewalt-

freiem Widerstand durch. An der UDE wurden wir vom Team des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik, insbesondere von Professor Tobias Debiel, Inge Fischer und Julia Nachtigall, sowie vom Institut für Entwicklung und Frieden unterstützt. Das Institut für Politikwissenschaft stellte Büroräume und weitere administrative Unterstützung zur Verfügung. Wir sind auch unseren wissenschaftlichen Hilfskräften Cemal Öztürk, Lena Pohl, Katrin Grätz, Leah Ngaba und Ibrahim Alhadjiui zu großem Dank verpflichtet. Sie halfen bei der Vorbereitung des Förderantrags, organisierten Feldforschung, schrieben die Protokolle unserer Teamsitzungen, kodierten die Daten und übernahmen die mühsame Aufgabe, die vielen Stunden an Interviews zu transkribieren, die Markus Bayer während der Feldarbeit gesammelt hatte. Andrea Pabst unterstützte uns durch ihr Lektorat bei der Übersetzung des Textes ins Deutsche.

Die Berghof Foundation war von Anfang an an dem Projekt beteiligt. Véronique Dudouet hatte den ursprünglichen Förderantrag unterstützt und trug während des gesamten Prozesses zu dem Forschungsprojekt bei. Diskussionen über die Projektergebnisse während ihres Forschungsaufenthalts am United States Institute of Peace beeinflussten ihre Beiträge zu diesem Buch. Katrin Planta führte die allererste Fallstudie zu El Salvador durch, bevor sie in Elternzeit ging; ihre Aufgaben wurden von Matteo Dressler übernommen, der die gesamte restliche Arbeit leistete und auch nach seinem Wechsel von der Berghof Foundation zum Flemish Peace Institute in Brüssel weiter zum Projekt beitrug.

Markus Bayer hat zwischen November 2015 und März 2016 in Zusammenarbeit mit dem Namibian Institute for Democracy und dem Institute for Public Policy Research Feldforschung in Namibia durchgeführt. Henning Melber, Naita Hishoono und Dennis Zaire waren in Namibia nicht nur kompetente Expert:innen, sondern auch hilfreiche Berater:innen, die so manche verschlossene Tür öffneten und wichtige Kontakte herstellten. Die Feldforschung in Benin erfolgte zwischen Juni und November 2016 durch Kontakte, die über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) entstanden sind. Wir danken Wim Deckers und Toni Kaatz-Dubberke vom GIZ-Programm für Dezentralisierung und kommunale Entwicklung sowie Simon Asoba und Dr. Kalus-Peter Treiydte von der FES. Die letzte Feldforschungsphase auf den Kapverden fand zwischen Februar und Mai 2017 statt. Dort arbeitete Markus Bayer mit Emiliano Moreno und Omarú Djaló Abreu zusammen, die als Übersetzer und Vermittler fun-

gierten und maßgeblich zum Erfolg dieses Besuchs beitrugen. Peter Meyns, Aristides Lima und André Corsino Tolentino stellten freundlicherweise ihr immenses Wissen und ihre hilfreichen Kontakte zur Verfügung. Die *desk studies* zu Chile, El Salvador und Paraguay wurden von Alberto Martín Álvarez, Claudio Fuentes und Magdalena López fachlich geprüft, und die Interviews in Chile und Paraguay wurden von Josefina Abarzúa Varela, Camilo Jose Caballero Ocariz und Edith Arrúa geführt. Aaron Griffiths leistete Korrekturlesedienste.

Wir haben Zwischenergebnisse unserer Forschung auf verschiedenen Konferenzen vorgestellt und danken den Zuhörer:innen, Teilnehmenden und Diskutant:innen dieser Veranstaltungen für ihr Feedback. Wir sind auch dem International Center for Nonviolent Conflict dankbar, dass es uns die Möglichkeit gegeben hat, einige unserer Ergebnisse in ihrem Blog *Minds of the Movement* zu präsentieren. Außerdem danken wir Aries Arugay, Janet Cherry, Christopher Clapham, Anita Gohdes, Carrie Manning, Henning Melber, Peter Meyns, Jonathan Pinckney, Janjira Sombatpoonsiri, Johannes Vüllers, Nils Weidmann und Stephen Zunes für Kommentare zu verschiedenen Texten und für Hinweise zu den Fallstudien.

Wir sind auch Palgrave Macmillan dankbar, dass sie uns die Möglichkeit gegeben haben, diese Monographie bei ihnen zu veröffentlichen. Anca Pusca, die leitende Redakteurin für internationale Beziehungen und Sicherheitsstudien, hat seit Jahren Interesse an diesem Projekt gezeigt. Katelyn Zingg, ihre Redaktionsassistentin, hat den Publikationsprozess so reibungslos wie möglich gestaltet.

Frankfurt, Deutschland
 Bonn, Deutschland
 Frankfurt, Deutschland
 Brüssel, Belgien
 Berlin, Deutschland

Daniel Lambach
 Markus Bayer
 Felix S. Bethke
 Matteo Dressler
 Véronique Dudouet

Anmerkung: Die deutsche Ausgabe ist eine inhaltsgleiche Übersetzung des englischen Originals. Der Text ist damit aktuell zum Stand Ende 2019.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einführung	1
2	Theorie	17
3	Statistische Analyse	45
4	Mechanismen	69
5	Auf dem Weg zur Theorie	147
6	Schlussfolgerungen	195
	Erratum zu: Statistische Analyse	E1

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 2.1	Horizontale und vertikale Beziehungen politischer Regime	24
Abb. 3.1	Kaplan-Meier-Überlebensfunktionen	54
Abb. 3.2	Friedliche Machtwechsel für Regime ohne NVR	56
Abb. 3.3	Friedliche Machtwechsel für Regime mit NVR	57
Abb. 3.4	Durchschnittliches Niveau der Demokratie vor und nach der Transition	59
Abb. 4.1	Legislative Beschränkungen der Exekutive für Regime mit und ohne NVR-induzierten Übergang	78
Abb. 4.2	Versamlungs- und Meinungsfreiheit für Regime mit und ohne NVR-induzierten Übergang	80
Abb. 4.3	Politisches Umfeld für Organisationen der Zivilgesellschaft für Regime mit und ohne NVR-Übergang	82
Abb. 4.4	Wahrscheinlichkeit von Staatsstreichen nach der Transition	121
Abb. 4.5	Erfolgsquote von Staatsstreichen	122



Einführung

EINE GESCHICHTE VON DREI AFRIKANISCHEN DEMOKRATIEN

Im Jahre 1989 erlebte das kleine westafrikanische Land Benin das 18. Jahr der autokratischen Herrschaft des sozialistischen Einparteienregimes von Präsident Mathieu Kérékou. Das Land hatte in den 1960er- und 1970er-Jahren eine Reihe von Militärputschen erlebt, darunter denjenigen, der Kérékou 1972 an die Macht brachte. Benin war damals wie heute sehr arm – es steht auf der Liste der am wenigsten entwickelten Länder der Vereinten Nationen, seit diese Liste 1971 erstmals veröffentlicht wurde. Nach Angaben der Weltbank lag in Benin die Alphabetisierungsrate der über 15-Jährigen im Jahr 1992 (das nächstgelegene Jahr, für das Daten verfügbar waren) bei nur 27,2 %, verglichen mit einem Durchschnitt von 53,4 % in Subsahara-Afrika. Kurzum, Benin war der unwahrscheinlichste Ort für die Entstehung und Verwurzelung von Demokratie.

Doch genau das geschah. Der Widerstand gegen Kérékous sozialistisches Einparteienregime keimte Mitte der 1980er-Jahre auf, vor allem unter Studierendengruppen und Hochschullehrer:innen. Angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der unregelmäßigen Auszahlung der Löhne schlossen sich immer mehr Menschen in den Städten der Opposition an und drängten Kérékou zu einer Liberalisierung des politischen Systems. Die Beschränkungen für die Presse und die Gewerkschaften wurden 1988 aufgehoben, doch die Proteste gingen unvermindert

weiter. Im Jahr 1989 kam es zu großen gewaltfreien Demonstrationen und Streiks. Im Dezember sah sich Kérékou gezwungen, das Ende des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie zu verkünden und die Einberufung einer Nationalkonferenz zu fordern. Die Nationale Konferenz erarbeitete eine neue Verfassung, setzte eine provisorische Regierung ein, legte einen Zeitplan für demokratische Wahlen fest und ebnete den Weg für die „*renouveau démocratique*“, die demokratische Erneuerung Benins.

Kérékou wurde 1991 abgewählt, aber das erste außergewöhnliche Ereignis der aufkeimenden Demokratie in Benin fand 1996 statt. Die Beniner:innen wählten die erste demokratische Regierung von Nicéphore Soglo zugunsten von Kérékou ab. Soglos Wirtschaftspolitik war auf breite Ablehnung gestoßen, und er hatte viele Wähler:innen verprellt, als er 1994 versuchte, den Haushalt per Dekret zu verabschieden – ein Schritt, der vom Verfassungsgericht blockiert wurde. Ab 1996 wurden regelmäßige und friedliche Machtwechsel zu einem Merkmal der Demokratie in Benin. Die Präsidentschaftswahlen 2016 waren die sechsten ihrer Art und führten zur vierten Machtübergabe. Benin hat den berühmten „Two-Turnover-Test“ von Samuel Huntington bestanden, wonach Demokratien nach dem zweiten durch Wahlen herbeigeführten Machtwechsel als konsolidiert gelten, und zwar 2006, als Kérékou sein Amt nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit aufgeben musste.

Dies war das zweite außergewöhnliche Ereignis. Im Vorfeld des Jahres 2006 waren Gerüchte aufgekommen, dass Kérékou eine dritte Amtszeit anstreben würde. Doch der von der Nationalversammlung erzielte Verfassungskonsens wurde von der Bevölkerung weiterhin hoch geschätzt, und die Menschen gingen unter dem Slogan „*Touche pas à ma constitution*“ – „Hände weg von meiner Verfassung“ – auf die Straße. Dasselbe geschah 2016, als Kérékous Nachfolger, Thomas Boni Yayi, ebenfalls versuchte, die Begrenzung auf zwei Amtszeiten zu umgehen. Wieder eilten die Bürger:innen mit denselben Slogans und Spruchbändern wie 2006 zur Verteidigung der Verfassung, diesmal mit einer noch breiteren Koalition.

Benin, dieses kleine, verarmte Land mit einer wechselvollen Vergangenheit, die von Militärherrschaft und Einparteienautokratie geprägt war, kann heute auf eine fast 30-jährige ununterbrochene Demokratiegeschichte zurückblicken. Dabei ist es nicht so, dass diese 30-jährige Geschichte einfach gewesen wäre. Ganz im Gegenteil, die Demokratie in Benin war immer wieder bedroht, aber sie hat sich trotz schwacher staatlicher Institutionen und eines zersplitterten Parteiensystems als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen, was vor allem der pro-demokratischen Haltung und dem aktiven Auftreten der beninischen Zivilgesellschaft zu verdanken ist.

Im Vergleich dazu sieht die Lage in Liberia und Guinea-Bissau, zwei anderen kleinen westafrikanischen Ländern, ganz anders aus. Auch Liberia war 1989 arm und hatte eine Geschichte von Einparteienherrschaft und Militärrherrschaft. Doch statt einer friedlichen Revolution kam es zu einem gewaltsamen Aufstand der National Patriotic Front of Liberia (NPFL) unter der Führung von Charles Taylor. Die NPFL gewann schnell die Unterstützung einer unzufriedenen Bevölkerung, während der liberianische Staat, durch die jahrzehntelange autokratische Misswirtschaft von Präsident Samuel Doe und seinen Vorgängern geschwächt, nicht in der Lage war, den schnell wachsenden Aufstand niederzuschlagen. Im Juli 1990 schien ein entscheidender Sieg für die NPFL in greifbarer Nähe, doch eine von Nigeria geführte Militärintervention der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) verhinderte die Einnahme der Hauptstadt Monrovia. Sechs Jahre des festgefahrenen Konflikts und ein Dutzend gescheiterter Friedensabkommen später einigten sich die nigerianische Führung und Taylor auf einen Kompromiss, der die Einsetzung einer geschäftsführenden Regierung und anschließende Präsidentschaftswahlen vorsah, die Taylor und die immer noch voll bewaffnete NPFL mit einer entscheidenden Mehrheit gewinnen sollten.

Doch Taylors Übernahme der Präsidentschaft im Jahr 1997 brachte keinen Frieden. Taylor regierte das Land wie eine Kleptokratie, die nur ihm und seinen engsten Anhänger:innen zugute kam. Es gab keine Versöhnung und keinen Wiederaufbau, und die Wunden der Gesellschaft schwellten vor sich hin. Im Jahr 2000 mobilisierten sich Milizen gegen Taylor, dessen Regierung sich bei der Aufstandsbekämpfung als ebenso unfähig erwies wie seine Vorgängerin. Im Jahr 2003, als die Milizen auf Monrovia vorrückten, willigte Taylor ein, ins nigerianische Exil zu gehen. Dies ebnete den Weg für einen von den Vereinten Nationen überwachten Friedensprozess, der von einem großen Kontingent von Friedenstruppen unterstützt wurde und zu demokratischen Wahlen in den Jahren 2005 und 2006 führte. Seitdem hat sich die Demokratie gehalten, auch wenn jede neue Wahl die Stabilität des neuen Regimes auf die Probe stellt.

Die Schätzungen der Opferzahlen des ersten liberianischen Krieges (1989–1996) schwanken zwischen 150.000 und 250.000 Menschen, die auf und neben dem Schlachtfeld starben (Ellis, 2006, S. 312–316), wobei die Zahl der Opfer im zweiten liberianischen Krieg (2000–2003) geringer war. Offiziellen Statistiken des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge zufolge gab es Mitte der 1990er-Jahre bis zu 800.000 liberianische Flüchtlinge in den Nachbarländern Sierra Leone, Guinea und Côte d’Ivoire sowie schätzungsweise eine Million Binnenflüchtlinge. Angesichts der

Tatsache, dass die Bevölkerung vor dem Krieg nur etwa drei Millionen betrug, waren dies erschütternde Zahlen. Die liberianische Wirtschaft war am Boden zerstört, und das Land benötigte massive Hilfsleistungen, um den sich erholenden Staatsapparat zu finanzieren.

Guinea-Bissau wurde wie Benin von einem sozialistischen Regime regiert, das durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war. Unter der Führung von João Bernardo Vieira regierte der Revolutionsrat mit Hilfe der Einheitspartei *Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde* (PAIGC) 14 Jahre lang. Angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der Abkehr vom Sozialismus begann Vieira 1991 mit der Liberalisierung des Regimes und legalisierte Aktivitäten der Oppositionsparteien. Die ersten Mehrparteienwahlen fanden im August 1994 statt. Vieira gewann die Präsidentschaftswahlen knapp und die PAIGC behielt die Kontrolle über das Parlament.

Die Demokratisierung trug jedoch wenig dazu bei, soziale und wirtschaftliche Missstände zu beseitigen oder Machtkämpfe zwischen den Eliten zu schlichten. Die Regierung Vieira war nach dem Übergang durch Korruption, Klientelismus und wirtschaftliche Stagnation gekennzeichnet. 1998 schließlich setzte Armeechef Ansumane Mané Vieira nach einem elfmonatigen blutigen Bürgerkrieg ab, der den Einsatz von ECOWAS- und UN-Friedenstruppen erforderlich machte. Und obwohl Manés Militärjunta anschließend eine Übergangsregierung einsetzte und Guinea-Bissau seither nicht weniger als fünf Mehrparteienwahlen abgehalten hat, ist es dem Land nie gelungen, auch nur den Anschein politischer Stabilität zu erlangen. Es gab erfolgreiche Staatsstreiche in den Jahren 2003, 2009 und 2012 sowie einen erfolglosen Versuch im Jahr 2011. Vieira kehrte bei den Wahlen 2005 an die Macht zurück, wurde aber während eines Staatsstreichs 2009 im Amt ermordet. Die Politik des Landes ist gekennzeichnet durch Machtkämpfe zwischen den politischen Fraktionen in der Regierung und dem Militär, die mit allen Mitteln ausgetragen werden. Die Zivilgesellschaft, insbesondere in den ländlichen Gebieten, ist schwach, weitgehend rechtlos und zieht es vor, sich vom Staat fernzuhalten (Forrest, 2003).

Benin, Liberia und Guinea-Bissau stehen für drei unterschiedliche Wege der Demokratisierung eines Landes. In Benin wurde die demokratische Transition durch groß angelegten gewaltfreien Widerstand erzwungen. In Liberia wurde die Regierung durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt, wobei die Demokratisierung nur durch einen Vermittlungsprozess unter starkem internationalen Druck zustande kam. In Guinea-Bissau

wurde die Demokratie, so wie sie war, von der amtierenden autoritären Regierung in einem *top-down*-Prozess eingeführt. Der Vergleich dieser drei Transitionsmodi zeigt, dass die Ereignisse im Vorfeld und während der Transition das langfristige Überleben der Demokratie über Jahre oder sogar Jahrzehnte hinweg beeinflussen.

Der erste Punkt ist, dass eine Transition ohne Mobilisierung der Bevölkerung den Demokratien einen Teil ihres Lebenssaftes raubt. In Fällen wie Guinea-Bissau sind die Bürger:innen und die Zivilgesellschaft weitgehend demobilisiert und haben kaum Einfluss auf die Regierung. Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten behalten ihre Privilegien und Vetopositionen. Demokratische Reformen sind oberflächlich und anfällig für Putsche des Militärs oder der Exekutive. Im Gegensatz dazu können Revolutionen, ob gewaltsam oder friedlich, eine lebendige und fähige Zivilgesellschaft hervorbringen, bei Teilnehmer:innen und Beobachter:innen ein Gefühl der Selbstwirksamkeit erzeugen und ein starkes Symbol für künftige Generationen sein.

Aber nicht alle Revolutionen haben die gleichen Auswirkungen. Gewaltsame Aufstände führen zu Tausenden – manchmal Hunderttausenden – von kampfbedingten und indirekten Todesopfern. Sie zerstören die Lebensgrundlagen von Menschen und vertreiben sie aus ihrer Heimat. Während ein erfolgreicher gewaltloser Widerstand die politische Transition in einer konfliktiven, aber im Großen und Ganzen noch intakten Gesellschaft einleitet, führt ein erfolgreicher bewaffneter Aufstand zu einer Transition unter den denkbar schlechtesten Bedingungen, nämlich: Zerstörung, große humanitäre Herausforderungen und eine zutiefst gesplante Gesellschaft. Die Demokratisierung ist selbst unter günstigen Bedingungen ein riskanter Prozess; wenn sie in einem Nachkriegskontext stattfindet, macht dies ihren Erfolg noch unwahrscheinlicher (Cederman et al., 2010).

NACHDENKEN ÜBER GEWALTFREIHEIT

Aus ethischer Sicht sind gewaltfreie Strategien eindeutig die bessere Wahl. In einer disziplinierten Bewegung ist Gewalt durch Demonstrierende selten. Die wenigen Opfer, die es beim gewaltfreien Widerstand gibt, gehen meist auf das Konto repressiver Regierungen. Das alltägliche Leben der Bürger:innen wird viel weniger gestört, und die Zahl der Vertreibungen hält sich in Grenzen. Gesellschaften, die friedliche Revolutionen erleben, sind nicht so tief gespalten wie solche, die traumatisiert aus gewaltsamen

Konflikten hervorgehen. Prinzipielle Gewaltlosigkeit wird oft mit bekannten Persönlichkeiten wie Mahatma Gandhi oder Martin Luther King sowie Religionen wie dem Hinduismus oder dem Christentum in Verbindung gebracht. Doch die Norm, auf Gewalt zu verzichten, ist in jeder der großen Glaubensrichtungen und den meisten großen Philosophien durch eine Variante der Goldenen Regel „Was du nicht willst, dass man dir tu“, das füg’ auch keinem andern zu“ verankert (Küng, 1998).

Aber es gibt auch pragmatische Gründe für die Wahl gewaltfreier Formen des Widerstands (Sharp, 1973). Zahlreiche Studien haben ergeben, dass gewaltfreier Protest seine Ziele viel effektiver erreicht als gewalttätige Formen des Widerstands. Dies wurde unter anderem in der bahnbrechenden Studie von Erica Chenoweth und Maria Stephan, *Why Civil Resistance Works* (2011), nachgewiesen. Anhand detaillierter Daten zu 323 Widerstandskampagnen, die in der *Nonviolent and Violent Conflict Outcome Database* (NAVCO) gesammelt wurden, stellen Chenoweth und Stephan fest, dass gewaltfreie Kampagnen die häufigste Form von Widerstandskampagnen sind und eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit haben als andere Formen des Widerstands. Im Gegensatz dazu sind gewaltsame Transitionen zu einer stabilen Demokratie äußerst selten. Bei 218 untersuchten Fällen von gewaltsamem Widerstand kam es nur in 5 % der Fälle zu einer Demokratie (Chenoweth & Stephan, 2011, S. 209). Im Gegensatz dazu lösen gewaltfreie Kampagnen in autokratischen Regimen häufig eine Transition zur Demokratie aus (Celestino & Gleditsch, 2013) und haben einen signifikanten und positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein demokratisches Regime fünf Jahre später fortbesteht (Chenoweth & Stephan, 2011, S. 213). Offensichtlich funktioniert Gewaltlosigkeit auch dann, wenn sie rein instrumental und ohne ethische Verpflichtung zum Pazifismus eingesetzt wird.

Das Buch von Chenoweth und Stephan trug maßgeblich dazu bei, das bis dahin relativ unbekannte Forschungsgebiet ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu rücken. Politische Entscheidungsträger:innen und Medien begannen gewaltfreiem Widerstand Aufmerksamkeit zu schenken und die akademische Forschung wurde zum Handeln angeregt. Seit seiner Veröffentlichung 2011 wurde das Buch häufig zitiert und entwickelte sich rasch zu einem modernen Klassiker der politikwissenschaftlichen Forschung. In seinem Gefolge wurden Dutzende von Folgestudien durchgeführt, und es entstand das interdisziplinäre Gebiet der Widerstandsforschung mit einer eigenen Forschungsgemeinschaft, eigenen Zeitschriften und Konferenzen.

Das Lob für die Wirkung von *Why Civil Resistance Works* sollte uns jedoch nicht davon ablenken, die weiter zurückreichenden und tief-
 ergehenden intellektuellen Traditionen anzuerkennen, auf denen das Feld
 beruht. Frühere empirische Arbeiten, z. B. von Ackerman und Karatnycky
 (2005) und Johnstad (2010), hatten bereits ähnliche Ergebnisse erbracht,
 wenn auch auf der Grundlage begrenzterer Datensätze. Darüber hinaus
 gibt es zahlreiche Studien, die sich mit Einzelfällen oder bestimmten As-
 pekten von Gewaltfreiheit befassen (für einen Überblick siehe Ackerman
 & Rodal, 2008; Dudouet, 2011). Ein Großteil dieser früheren For-
 schung wurde durch die Arbeit von Gene Sharp inspiriert, der einen prag-
 matischen Ansatz zu gewaltfreiem Protest verfolgte. Mit seinem bahn-
 brechenden dreibändigen Werk *Politics of Nonviolent Action* (1973) wurde
 Sharp zu einem der akademischen Pioniere auf dem Gebiet der gewalt-
 freien Aktion. Aufbauend auf der Erkenntnis, dass die Macht eines
 autoritären Herrschers auf der Zustimmung der Bevölkerung beruht, ent-
 wickelte Sharp nicht nur eine Theorie der Macht, sondern stellte auch 198
 Techniken des gewaltlosen Widerstands zusammen, die sich zur Heraus-
 forderung autoritärer Herrscher eignen. Im Gegensatz zu Gandhi oder
 King führte Sharp kein moralisches oder religiöses Argument für die Not-
 wendigkeit von Gewaltlosigkeit an. Sein Ziel war es vielmehr, einen strate-
 gischen Ansatz für Gewaltlosigkeit zu entwickeln, der für Menschen auf
 der ganzen Welt geeignet ist, was ihm den Spitznamen „Clausewitz der
 Gewaltlosigkeit“ einbrachte. Seine Werke hatten eine enorme Wirkung:
From Dictatorship to Democracy (Sharp, 2008) wurde in mehr als 30 Spra-
 chen übersetzt und diente als Inspirationsquelle für Aktivist:innen an so
 unterschiedlichen Orten wie Serbien, Myanmar und Ägypten.

Neben Sharp werden Fragen der Gewaltlosigkeit auch in vielen Werken
 des politischen Denkens prominent diskutiert (Boersema & Brown, 2006;
 Attack, 2012). Die früheste Theorie des gewaltfreien Widerstands wurde
 im sechzehnten Jahrhundert von Étienne de la Boétie (1975 [1576]) ent-
 wickelt. Nachdem er die blutige absolutistische Herrschaft Heinrichs
 II. von Frankreich miterlebt hatte, legte de la Boétie den Grundstein für
 die meisten modernen Theorien zum gewaltfreien Widerstand. In seinem
Diskurs über die freiwillige Knechtschaft, der 1576 posthum veröffentlicht
 wurde, versuchte er die Frage zu beantworten, wie so viele Menschen
 unter einem einzigen Tyrannen leiden können, der nicht mehr Macht
 hat als jeder einzelne von ihnen. Er kam zu dem Schluss, dass es die frei-
 willige Knechtschaft des Volkes ist, die es einer einzelnen Person ermög-
 licht, über so viele Menschen zu herrschen – ein Gedanke, der spätere

Gelehrte der gewaltfreien Aktion und des zivilen Ungehorsams wesentlich beeinflusst hat.

Es ist klar, dass es eine aktive und wachsende Forschungsagenda für das Themenfeld um gewaltfreien Widerstand gibt, die sich auf eine reiche Tradition politischen Denkens stützen kann. Innerhalb dieser sich entwickelnden Agenda gibt es jedoch noch viele unbeantwortete Fragen. Unser Interesse gilt insbesondere zwei Aspekten: Hat gewaltfreier Widerstand *langfristige* Vorteile für Demokratien, wie die Beispiele zu Beginn dieses Kapitels nahelegen? Und wenn ja, was sind die zugrunde liegenden kausalen Mechanismen?

ARGUMENTE FÜR DEMOKRATIE

Der Schwerpunkt der Literatur zum gewaltfreien Widerstand liegt auf den spezifischen Techniken und nicht auf den Zielen, die die Akteure zu erreichen versuchen. Bisherige Arbeiten befassten sich mit dem Widerstand gegen verschiedene Formen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung und für alle möglichen Ziele, wie nationale Unabhängigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, ethnische Autonomie, Religionsfreiheit oder die Behebung sozioökonomischer Missstände. Warum also konzentrieren wir uns auf die Auswirkungen von gewaltlosem Widerstand auf die Demokratie? Die Antwort hat sowohl wissenschaftliche und normative als auch praktische Aspekte.

Aus wissenschaftlicher Sicht haben wir uns entschieden, diese Fragen zu stellen, weil sie bisher noch nicht beantwortet worden sind. In vielen Beiträgen wurde *behauptet*, dass friedlicher Widerstand dazu beitragen kann, demokratische Regime zu installieren, die widerstandsfähiger sind und sich eher konsolidieren als Demokratien, die auf andere Weise entstanden sind (Ackerman & Duvall, 2001; Ackerman & Rodal, 2008; Doudouet, 2011; Sharp, 2005, 2008), aber diese Behauptungen wurden nicht systematisch überprüft. In diesem Sinne stellt die Analyse der langfristigen Auswirkungen von gewaltlosem Widerstand auf demokratische Konsolidierung ein faszinierendes Rätsel dar, dessen Auflösung das Forschungsprogramm zu gewaltfreiem Widerstand voranbringen könnten.

In einem normativen Sinne teilen die Autor:innen dieses Buches eine ethische Befürwortung der Demokratie, welche wir transparent machen wollen. Wir betrachten die Ausbreitung von Demokratie in den letzten Jahrhunderten als eine politische Errungenschaft, die es trotz all ihrer Fehler zu verteidigen gilt. So stimmen wir zwar mit Winston Churchill

überein, der einst feststellte: „democracy is the worst form of government, except for all the others“; allerdings sind wir auch der Meinung, dass es auch positive Gründe gibt, die für die Demokratie sprechen. In Demokratien leben die Bürger:innen freier und haben mehr Möglichkeiten, ihr Leben selbst zu gestalten. Dies wird besonders deutlich, wenn Bürger:innen zu Dissident:innen werden und sich gegen bestimmte Gesetze oder Maßnahmen ihrer Regierung auflehnen. Während Freiheit als ein Entwicklungsziel an sich betrachtet werden kann (Sen, 1999), geht es den Bürger:innen in Demokratien auch in materieller Hinsicht besser. Demokratien sind wohlhabender und weisen größeren Fortschritt mit Blick auf menschliche Entwicklung auf als Nicht-Demokratien (Gerring et al., 2012). In welche Richtung der Kausalpfeil verläuft, ist Gegenstand vieler Kontroversen: Verursacht Demokratie Wohlstand, oder entscheidet sich eine wohlhabende Bevölkerung für Demokratie (Przeworski, 2000)? Welche Antwort man auch immer bevorzugt, beides sind Argumente für die Demokratie. Entweder ist Demokratie die Ursache für die sozioökonomische Entwicklung oder sie wird weltweit von den Menschen, die ihr politisches System beeinflussen können, als lohnendes Ziel angesehen.

Abgesehen davon, ob Demokratie überhaupt wünschenswert ist, spielt die Qualität der Demokratie eine große Rolle (Munck, 2016). Formale Demokratie erfordert nur kompetitive und freie Wahlen, aber die Grenze zwischen einer solchen minimalistischen Auffassung von Demokratie und Wahlautokratien, in denen ebenfalls Wahlen abgehalten werden, ohne dass die herrschenden Interessen jemals in Frage gestellt werden, ist dünn. Wir wollen also Demokratien, die nicht nur dem Namen nach Demokratien sind, sondern vollständige, konsolidierte, qualitativ hochwertige demokratische Systeme, die sich durch Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, bedingungslose Achtung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten, funktionierende staatliche Institutionen, eine aktive und engagierte Bürgerschaft und ein klares und unmissverständliches Bekenntnis der gesellschaftlichen Eliten zu demokratischen Idealen auszeichnen. Hochwertige Demokratien sind inklusiv: Sie verfügen über Institutionen, die für die *Bevölkerung* repräsentativ sind und die Grundbedürfnisse aller Bürger:innen erfüllen. Wir gehen davon aus, dass gewaltfreier Widerstand dazu beiträgt, die Demokratie diesem Ideal näher zu bringen.

In praktischer Hinsicht kann unsere Forschung auch für Akteur:innen und Aktivist:innen in sozialen und Widerstandsbewegungen sowie für politische Entscheidungsträger:innen, die mit ihnen zusammenarbeiten, von Interesse sein. Dies ist ein besonders aktuelles Thema, da wir uns

gerade in einer Phase des Rückschlags der dritten Demokratisierungswelle befinden (Huntington, 1991; Diamond, 2008). Nachdem die Zahl der Demokratien in den 1990er-Jahren stark zugenommen hatte, hat sich das Blatt inzwischen gewendet, auch wenn es eine beträchtliche Debatte darüber gibt, wie breit und tief dieser Umschwung wirklich ist (siehe die Kontroverse zwischen Foa & Mounk, 2016, 2017; Inglehart, 2016). Waldner und Lust weisen darauf hin, dass es zwar einige Rückschritte in Bezug auf die Qualität der Demokratie gibt, aber nur wenige Fälle von echtem Demokratieabbau im Sinne eines Rückfalls in Autokratie (2018, S. 94). Da autoritäre Umschwünge in der Regel in „jungen“, weniger konsolidierten Demokratien auftreten, möchten wir mehr über den Konsolidierungsprozess und die Rolle erfahren, die Massenbewegungen dabei spielen können. Wir schließen uns daher der Meinung von Kadivar, Usmani und Bradlow an, die betonen: „In an era of anxiety about the antidemocratic proclivities of the mass public, our results are a reminder that ordinary people have advanced the cause of democracy and not hindered it“ (Kadivar et al., 2019, S. 2).

FORSCHUNGSDESIGN UND ERGEBNISSE

Der Frage nach den langfristigen Auswirkungen von gewaltfreiem Widerstand wurde vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Chenoweth und Stephan analysieren die Auswirkungen von gewaltlosem Widerstand auf das demokratische Überleben bis zu fünf Jahre nach der Transition, treffen aber keine Aussagen über die längerfristigen Aussichten. Auch die Mechanismen, die gewaltfreien Widerstand bewirken, liegen noch immer im Dunkeln. Chenoweth und Stephan argumentieren, dass gewaltfreie Kampagnen für große Teile der Bevölkerung attraktiver sind als gewaltsamer Widerstand, weil sie weniger extrem sind (siehe auch Schock, 2005). Sie bieten „an opportunity to people to participate with varying levels of commitment and risk tolerance“ (Chenoweth & Stephan, 2011, S. 37). Dementsprechend ist die im Vergleich zum gewaltsamen Aufstand größere Anzahl von Teilnehmenden entscheidend für den Erfolg einer gewaltfreien Bewegung (Chenoweth & Stephan, 2011, S. 39–40). Eine breite Bewegung erfordert auch die Suche nach einem Konsens zwischen unterschiedlichen Oppositionsgruppen und einen inklusiven Ansatz bei ihren Forderungen. Darüber hinaus geht Sharp (2005) davon aus, dass die Unterdrückung friedlicher Proteste durch die Regierung die

Mobilisierung erhöhen und der Opposition Zugang zu externer Unterstützung verschaffen würde. Ackerman und Rodal (2008, S. 118) argumentieren, dass die moralische Überlegenheit des gewaltlosen Widerstands dazu beitragen kann, Koalitionen mit dem Regime zu brechen und Sicherheitskräfte zum Überlaufen oder zur Neutralität zu verleiten. Viele dieser Annahmen sind jedoch noch nicht vollständig durch empirische Forschung untermauert worden, und auch die Monografie von Chenoweth und Stephan wird ihrem eigenen Titel „*Why Civil Resistance Works*“ nicht ganz gerecht.

In diesem Buch verfolgen wir einen etwas anderen Ansatz und vergleichen verschiedene Transitionsformen. Wir unterscheiden die Fälle danach, ob die Transition durch gewaltfreien Widerstand, gewaltsamen Widerstand oder durch einen von oben gesteuerten Liberalisierungsprozess eingeleitet wurde. Wir führen eine Reihe von statistischen Analysen durch, um die Auswirkungen von gewaltlosem Widerstand auf verschiedene Indikatoren demokratischer Konsolidierung zu messen. Auf der Grundlage eines Datensatzes, der Informationen über demokratische Regime mit Informationen über das Vorhandensein von gewaltlosem Widerstand während der Transition dieser Regime kombiniert, berechnen wir die Effekte von durch gewaltfreien Widerstand induzierten Transitionen auf drei verschiedene Ergebnismaße demokratischer Konsolidierung: (1) demokratisches Überleben, (2) das Erreichen des Two-Turnover-Tests und (3) die Qualität der Demokratie.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich gewaltfreier Widerstand während der demokratischen Transition langfristig positiv auf die Überlebenschancen der Demokratie, auf die Wahrscheinlichkeit, dass eine Demokratie zwei friedliche Machtwechsel erlebt, sowie auf die Qualität der Demokratie auswirkt. Bei einigen Indikatoren halten diese Effekte über ein Jahrzehnt an. Dies ist besonders faszinierend: Wie kann die Form des Widerstands noch Jahre oder sogar Jahrzehnte nach der Demobilisierung der Widerstandsbewegung eine stabilisierende Wirkung auf Demokratien haben? Wie werden diese stabilisierenden Effekte weitergegeben und das Erbe des Widerstands in der Post-Transitions-Demokratie lebendig gehalten?

Um diese Fragen zu beantworten, kombinieren wir die statistische Arbeit mit einer Reihe von Fallstudien über sich konsolidierende Demokratien in Afrika südlich der Sahara und in Lateinamerika. Nach dem Prinzip „Most Different, Similar Outcome“ (De Meur & Berg-Schlosser, 1994)

haben wir zwei Fälle ausgewählt, in denen die Demokratie aus gewaltlosem Widerstand entstand (Benin und Chile), zwei Fälle, in denen die Demokratie aus gewaltsamen Kämpfen resultierte (Namibia und El Salvador) und zwei Fälle, in denen die Transition *top-down* erfolgte (Kap Verde und Paraguay). Die Daten für die afrikanischen Fälle wurden von Markus Bayer durch Interviews und Archivrecherchen während je zehnwöchiger Feldforschung in jedem Land gesammelt. Die lateinamerikanischen Fälle wurden von Matteo Dressler und Katrin Planta bei der Berghof Foundation als *desk studies* durchgeführt, ergänzt durch Interviews mit Länderexpert:innen und Schlüsselinformant:innen vor Ort.

Unsere Erkenntnisse aus dem Vergleich dieser Fälle und aus detaillierteren statistischen Tests deuten darauf hin, dass gewaltloser Widerstand Demokratien stabilisiert und über drei Schlüsselmechanismen zu ihrer Konsolidierung beiträgt. Erstens nivelliert gewaltloser Widerstand das politische Spielfeld. Er ist erfolgreich bei der Absetzung von Amtsinhabern, ohne diese durch eine andere dominante politische Kraft zu ersetzen. Diese Unsicherheit bezüglich der Machtverhältnisse während des Transitionsprozesses führt zur Schaffung von inklusiveren Institutionen und Regierungspraktiken und zu einer wirksameren Kontrolle der Exekutive. Zweitens fördert ein erfolgreicher gewaltfreier Protest zivilen Aktivismus und schafft eine demokratischere politische Kultur. Die Widerstandsbewegung hinterlässt auch einen symbolischen Bezugspunkt für eine künftige Remobilisierung, so dass die allgemeine Bevölkerung politischen Aktivismus in einem positiveren Licht sieht und wichtige politische Rechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterstützt. Drittens vermeidet der gewaltfreie Widerstand das „prätorianische Problem“ der Einmischung des Militärs in die Politik, indem er auf ausgeglichene zivil-militärische Beziehungen hinwirkt. Im Gegensatz dazu neigen Demokratien, die durch gewaltsamen Widerstand oder durch Widerstand von oben installiert wurden, zu einer stärkeren Beteiligung des Militärs an der Politik und laufen eher Gefahr, durch Staatsstriche gestürzt zu werden.

In Anbetracht der geringen Anzahl von Fallstudien müssen wir bezüglich der Reichweite der Verallgemeinerungen unserer Ergebnisse vorsichtig sein. Die Erkenntnisse aus anderen erfolgreichen wie erfolglosen Fällen von gewaltfreiem Widerstand legen jedoch nahe, dass die Ergebnisse auch auf andere Kontexte übertragbar sind. Zumindest zeigen unsere Ergebnisse Wege für weitere Forschungen auf, die den Weg öffnen für